



Foto: akg-images/picture alliance

DIE ERBEN DES SACHZWANGS

◀ Tiberius Gracchus und 200 seiner Anhänger werden von den Senatoren erschlagen.

Echte Probleme, falsche Antworten: Warum der Rechtspopulismus mit einfachen Mitteln Erfolge feiert und so schwierig zu bekämpfen ist. Ein Kurzesay.

In der heißen Phase des US-Wahlkampfes Ende 2016 erhielt der rechtspopulistische Präsidentschaftskandidat der Republikaner eine Schützenhilfe, wie er sie sich besser nicht wünschen konnte: Seine Konkurrentin Hillary Clinton ereiferte sich über die Trump-Wähler, die man zur Hälfte in einen »Korb der Kläglichen werfen« könne, »die Rassisten, die Sexisten, die Homophoben, die Xenophoben, die Islamophoben«.

Mit dieser Tirade vor einem Verband schwuler, lesbischer und transsexueller Geldgeber in New York City bezeugte sie ungewollt zentrale Aspekte der rechtspopulistischen Kampagne, die ihr Kontrahent Trump und seine Helfer gegen sie führen: sie konstruierte sich selbst als Teil einer (urbanen, polyglotten, aufgeklärten, multikulturellen) Elite gegen die (provinziellen, bornierten) Trump-Wähler da unten, deren Ansichten sie weder verstehen konnte, noch überhaupt für diskutabel hielt. Diese scharfe Frontstellung zwischen Elite und einem »Volk«, zwischen Stadt und Land, zwischen Kosmopolitismus und Nationalismus, zwischen Multikulturalismus, Diversität und Moral Majority ist das eigentliche Geschäft des Rechtspopulismus. Nur so konnte sich der Immobiliencycoon Trump erfolgreich gegen Hillary Clinton als Volkstribun inszenieren.

Die Populisten

Der Volkstribun ist kein neues Phänomen. Schon in der Antike beriefen sich Politiker auf »das Volk« und positionierten sich dergestalt gegen eine herrschende Elite. Im Auftreten der Gracchen in der Römischen Republik ist schon viel vom gegenwärtigen Phänomen des Populismus angelegt. Als sich in der Mitte des zweiten Jahrhunderts v. Chr. die Agrarkrise in der Römischen Republik ver-

scharfte, und die Situation der Kleinbauern immer prekärer wurde, zeigte sich die herrschende Nobilität unwillig, wirksame Reformen einzuleiten. Erst von Tiberius Gracchus, der sich 133 zum Volkstribunen wählen ließ, und dann einige Jahre später noch einmal durch seinen Bruder Gaius, wurde eine Lösung des Agrarproblems energisch in Angriff genommen. Die Gracchen stützten sich auf das Volk (daher nannte Cicero sie – eher abwertend gemeint – »Männer des Volkes«: »populares«) und agierten gegen den mächtigen Senat, das Herrschaftszentrum Roms.

Das führte sie zwangsläufig in Konflikt mit den von der Nobilität beherrschten Institutionen der Republik, die beide Gracchen deshalb für ihre Zwecke umgestalten wollten. Ihre eigenen Zwecke wohlgerichtet: Ihnen schwebte keine Demokratie vor, wie der Historiker Jochen Bleicken anmerkt, sondern eher die Errichtung einer Tyrannis oder Monarchie.

Heute sind es die Institutionen einer liberalen Demokratie, die von den (selbsternannten) Volkstribunen attackiert werden. Trump ist da kein Einzelfall: Victor Orban in Ungarn, Marine Le Pen in Frankreich, Jarosław Kaczyński in Polen oder Geert Wilders in den Niederlanden zählen ebenso zu den (Rechts-)Populisten, wie die AfD in Deutschland. Sie alle inszenieren sich als Volkes Stimme gegen eine Elite, die kein Verständnis mehr für die Sorgen und Nöte der Bürger habe.

Die Elite

Die Geburtsstunde dieser »Elite« schlug mit dem Untergang der sozialistischen Staaten. Im Anschluss rief der US-amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama das »Ende der Geschichte« aus. Die totalitären Systeme seien endgültig an ihren inneren Widersprüchen gescheitert, die liberale Demokratie und der Kapitalismus hätten auf ewig gewonnen. Je mehr Markt, desto besser, dachten damals viele.

Das war die Zeit, als das Internet seinen Siegeszug antrat, die letzten weißen Flecken in den Weltmarkt eingegliedert wurden und die Globalisierung einen enormen Schub erhielt. Unbegrenzte Mobilität für Menschen (Arbeit), Waren und Kapital wurde die Maxime, alles andere sei »alternativlos« dekretierte die englische Premierministerin Margaret Thatcher, und die vor allem in England und den USA entfesselte Finanzindustrie koppelte sich mit zweistelligen Renditen scheinbar dauerhaft von der Realwirtschaft ab. Deregulierung, Privatisierung, ein schlanker Staat und eine »marktkonforme Demokratie« (Angela Merkel), waren die Kernpunkte einer neoliberalen Agenda, der sich von den Konservativen über die Liberalen bis zu den



Hillary Clinton hielt für die Trump-Anhänger nur einen »Korb der Kläglichen« bereit.



Mit US-Präsident Donald Trump steht die Welt vor einer ungewissen Zukunft.



Rechtspopulisten sammeln sich. Pegida und AfD feiern das Ergebnis zur Bundestagswahl 2017.

Grünen und Sozialdemokraten allesamt als Parteien der Mitte verschrieben.

Zweifel und Kritik an dieser marktradikalen Variante fanden in den Parteien und den Medien kaum noch Raum. Diese Politik sei alternativlos, hieß es. So wurde der erwirtschaftete Reichtum den Finanzmärkten zugeführt, für den Sozialstaat und Investitionen in Bildung, Gesundheit und Infrastruktur war nur wenig Geld verfügbar, im Haushalt müsse die schwarze Null stehen. Für die sinkenden Realeinkommen und die wachsenden Vermögen der Superreichen fühlte sich niemand verantwortlich. Zum Ausgleich wurde eine progressive Gesellschaftspolitik wohlwollend begleitet. Da die Auflösung traditioneller Rollenverhältnisse aus neoliberaler Sicht sogar Chancen für neue Kommerzialisierungserfolge bot, konnte auch eine ehemalige Linke, die von der sozialen Frage nichts mehr wissen wollte, sich im Zuge von Antidiskriminierungskampagnen mit der Wallstreet versöhnen. So kam es zu einer »unheiligen Allianz von Finanzkapitalismus und Emanzipation«, wie die amerikanische Philosophin Nancy Fraser beklagt, von Sparpolitik und Unisex-Toilette. Ohne Hillary Clinton, die dieses Bündnis in besonderer Weise verkörperte, hätte Trump wohl nie eine Chance gehabt.

Das Volk

Ihr »Volk« rekrutieren die Rechtspopulisten aus jenen, die sich von der Elite nicht mehr vertreten fühlen. Und diese werden immer mehr. Denn inzwischen zeigt die schöne neue Welt des Neoliberalismus zunehmend ihre Schattenseiten. Das Aufstiegsversprechen der alten Bundesrepublik gilt heute nicht mehr, unsere Kinder werden es schlechter haben als wir, wenn sich diese Politik nicht ändert. Inzwischen hat die Angst vor dem sozialen Abstieg bis weit in die Mittelschichten hinein ei-

nen Resonanzboden gefunden. Der Soziologe Oliver Nachtwey spricht von Deutschland schon als »Abstiegsgesellschaft«. Wenn der Lebensstandard in der Mitte nicht mehr gesichert scheint und Arbeitslose wie Geringverdiener nahezu unweigerlich auf die Altersarmut zusteuern, während die Oberschicht mehr Reichtum anhäuft als sie ausgeben kann, kommt etwas ins Wanken. Im Jahr 2018 besaßen die 45 reichsten Deutschen so viel Vermögen, wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung zusammen. Das zerreißt auf Dauer jede Gesellschaft.

Dies gilt umso mehr, als die Folgen der neoliberalen Politik auch die Globalisierung und die Anwendung neuer Technologien anheizen und beschleunigen. Der Philosoph Hermann Lübbe wies bereits in den 1990er Jahren darauf hin, die wachsende Zahl wissenschaftlicher und technischer Neuerungen führe dazu, dass Informationen immer schneller veralten. Dadurch werde der Zeitraum immer kleiner, in dem unsere einmal erworbenen Kenntnisse von Bedeutung sind – die Gegenwart schrumpfe. Wir leben heute in einer Zeit, in der erlernte Regeln und erlerntes Wissen vor Ablauf einer Generation überholt sind. Das betrifft nicht nur berufliche Kompetenzen, auch unser Alltag wird in immer schnelleren Abfolgen revolutioniert. Wer sich dennoch einem lebenslangen Lernen verweigert, muss damit rechnen, bald nicht mehr klarzukommen, nicht einmal mehr im eigenen Haus.

Es ist nicht nur die Technologie, die uns davonrennt, auch die gesellschaftliche Entwicklung schreitet schneller voran, als viele ihr folgen können. Was auf diese Weise verloren geht, ist im Kern »Heimat«. Heimat nicht in einem trivialen Sinn bloß verstanden als räumlicher Ort der Vergangenheit (Kindheit), sondern als soziales Konstrukt, in dem wir zuhause sind und uns sicher fühlen, dessen geschriebene und ungeschriebene Regeln wir verinnerlicht haben, wie der Kulturwissenschaftler Thomas Thiemeyer schreibt. Diese Welt wird heute immer kleiner, wenn wir sie nicht beständig durch neue Motive und Einstellungen erweitern können. Doch dazu ist nicht jeder gleichermaßen in der Lage. Auch das schafft Verunsicherung.

In der Flüchtlingskrise zeigte sich schnell, dass in diesen verunsicherten Milieus das Vertrauen in die

Die Ökonomisierung zerstört Werte, auf die keine Gemeinschaft verzichten kann.

Mitte-Parteien geschwunden ist, die Integration sozialverträglich zu gestalten. Die Erfahrungen mit der neoliberalen Politik seit der Jahrhundertwende lassen erwarten, dass gerade diejenigen, die dem Globalisierungsstress am stärksten ausgesetzt sind, mit den Neuzugezogenen um günstige Wohnungen und Arbeitsplätze konkurrieren und im Kiez wie auf den Ämtern das Zusammenleben erproben müssen. Darauf vorbereitet hat sie keiner, gefragt schon gar nicht (nicht einmal die Parlamente wurden konsultiert). Im Gegenteil, schon wer nur Unverständnis äußerte, wurde als fremdenfeindlich oder als »Pack« (S. Gabriel) beschimpft und den Rechten in die Arme getrieben.

Für den Rechtspopulismus in Deutschland war der Umgang mit der Flüchtlingskrise der entscheidende Durchbruch. Das Muster erinnert fatal an den Wahlkampf in den USA, wo der von Clinton zusammengestellte »Korb der Kläglichen« sich schließlich als »Volk« definierte und seinem Tribünen folgte.

Der Mythos

Der Volkstribun als politische Figur attackiert den Mythos der Alternativlosigkeit, hinter dem eine kosmopolitische Elite lange ihre Mit-Urheberschaft an der forcierten Globalisierung gut verbergen konnte. Womöglich fand diese Elite auch gar nicht mehr die Zeit, ihre global geführten Debatten und dadurch erlangten Ansichten nachhaltig in den nationalen Diskurs einzuspeisen. Stattdessen musste oft genug die Political Correctness das Argument ersetzen, der Sachzwang die demokratische Prozedur.

In ihrer »Dialektik der Aufklärung« beschreiben Max Horkheimer und Theodor W. Adorno, wie der überwunden geglaubte Mythos in der aufgeklärten Gesellschaft als eben jener Sachzwang wiederkehrt. So kam die Globalisierung scheinbar als Naturgewalt über uns. Doch seit dieser Mythos an Überzeugungskraft verliert, beginnt die Elite sich vor dem Volk zu fürchten. Wichtige Entscheidungen werden den Parlamenten entzogen und demokratisch kaum legitimierten Gremien übertragen (EU, EZB). Rechtsstaatliche Grundsätze z.B. bei Handelsabkommen außer Kraft gesetzt. So ist der Souverän des Grundgesetzes – das Volk – dabei, ein König ohne Land zu werden. »Weniger Demokratie ist besser für die Märkte«, zog der deutsche Philosoph Jürgen Habermas ein bitteres Resümee.

Über den Sachzwang werden die Gesellschaften den Bedürfnissen der Märkte unterworfen. Die Ökonomisierung aller Lebensbereiche zerstört gesellschaftliche Werte, auf deren Bindungskräfte keine Gemeinschaft verzichten kann: Gemeinwohlorientierung, Solidarität, Mitgefühl. An deren Stelle treten der nackte Egoismus, die kalte Berechnung. Daher ist es vielleicht kein Zufall, dass gegenwärtig die Figur des Narzissten wieder verstärkt öffentliche Aufmerksamkeit erlangen und er-

folgreich in Ämter drängen kann, für die sie weder die nötige Kompetenz noch das erforderliche Verantwortungsgefühl mitbringt. Goldene Zeiten für Populisten.

Ein Ausblick

Der Siegeszug des Neoliberalismus hat die gesellschaftlichen und politischen Werteordnungen unserer Gesellschaften beschädigt. Zentrale Institutionen der liberalen Demokratie haben dabei entscheidend an Legitimität eingebüßt, wie die Volksparteien, die Medien und vor allem die Europäische Union.

Am Beispiel der EU treten Ursache, Elend und Gefahren des Rechtspopulismus besonders deutlich hervor. Unter der neoliberalen Hegemonie hat die EU ihre anfängliche hohe Akzeptanz in den Bevölkerungen Europas weitgehend verspielt. Ausufernder Lobbyismus, Vernachlässigung rechtsstaatlicher Verfahren und intransparente Hinterzimmerpolitik verstoßen auch gegen hehre Prinzipien von Konservativen, Liberalen und Sozialdemokraten. Dennoch stehen die Rechtspopulisten mit ihrer Kritik weitgehend allein da.

Auf diese Weise wird das Projekt Europa scheitern. Die Mitte-Parteien haben sich mit ihrer Sachzwangspolitik selbst den Ausweg versperrt und finden keine Antwort auf die wachsende Unsicherheit in den Bevölkerungen. In diese freigeräumte Bresche – darauf weisen Dirk Jörke und Oliver Nachtweih hin – springen nun die Rechtspopulisten, die wenigstens eine alternative Politik versprechen. Aber es ist die falsche, eine vergiftete Alternative.

Europa ist nicht mehr der Nabel der Welt. Der Kontinent rückt politisch wie wirtschaftlich an die globale Peripherie. Wenn unsere kleinen europäischen Staaten nicht vollends zum Spielball amerikanischer und asiatischer Machtpolitik werden sollen, kann die Antwort nur eine Vertiefung und Demokratisierung der EU sein, darauf weist der französische Philosoph Étienne Balibar vehement hin. Allerdings sind wir heute denkbar weit davon entfernt. Der Rechtspopulismus empfiehlt als vermeintlich einfachen Ausweg den politischen und ideologischen Rückzug auf die nationale Scholle. Damit jedoch öffnet er das Tor zur Hölle. »Nationalismus bedeutet Krieg« (Winston Churchill).

Ein »weiter so« wäre fatal. Wer die Probleme ignoriert, die dem Rechtspopulismus zugrunde liegen und die Anhänger verächtlich macht (wie Clinton) oder sich anbiedert, indem er rechte Parolen übernimmt (à la Seehofer), spielt den Rechtspopulisten erfahrungsgemäß nur in die Hände. Stattdessen bräuchten wir wieder eine wirkliche Alternative zum neoliberalen Modell und eine neue demokratische Streitkultur jenseits vom Sachzwang. Bevor es zu spät ist.

Ulrich Matthias